



Nr. 216

Dekret über die Aufhebung der Pfarreiengemeinschaft Vorderhunsrück im Dekanat St. Goar und des Kirchengemeindeverbandes Vorderhunsrück sowie der Pfarreien und der Katholischen Kirchengemeinden Beltheim (Sevenich) St. Nikolaus, Beulich St. Laurentius, Bickenbach St. Stephan, Dörth St. Philippus u. Jakobus, Emmelshausen St. Hildegard, Gondershausen-Obergondershausen St. Servatius, Halsenbach St. Lambertus und Norath St. Nikolaus und über die Errichtung der Pfarrei und Katholischen Kirchengemeinde Vorderhunsrück St. Hildegard

Dekret

über die Aufhebung

der Pfarreiengemeinschaft Vorderhunsrück im

Dekanat St. Goar und des Kirchengemeindeverbandes Vorderhunsrück

sowie der Pfarreien und der Katholischen Kirchengemeinden Beltheim (Sevenich)

St. Nikolaus, Beulich St. Laurentius,

Bickenbach St. Stephan, Dörth St. Philippus

u. Jakobus, Emmelshausen St. Hildegard,

Gondershausen-Obergondershausen

St. Servatius, Halsenbach St. Lambertus und

Norath St. Nikolaus

und über die Errichtung

der Pfarrei und Katholischen Kirchengemeinde

Vorderhunsrück St. Hildegard

In den zurückliegenden gut zwanzig Jahren ist mehr und mehr deutlich geworden, dass die gegenwärtigen Pfarrstrukturen nicht mehr in der Lage sind, den Auftrag der Kirche in der heutigen Zeit zu verwirklichen. Die bisherigen Lösungsansätze – zunächst die Schaffung von Seelsorgeeinheiten gemäß can. 526 § 1 CIC und dann von Pfarreiengemeinschaften gemäß can. 374 § 2 CIC – versuchten, unter Beibehaltung der historisch gewachsenen Strukturen die Grenzen der einzelnen Pfarreien zu überschreiten, um neue Möglichkeiten für ein pastorales Miteinander in einem größeren Raum zu eröffnen. Doch bei allem Positiven, das dadurch auch möglich wurde, wurden auch die Grenzen dieser Ansätze immer wieder deutlich. Das Beibehalten der historischen Pfarrstruktur richtet den Blick vieler Gläubigen immer wieder auf die eigene Pfarrei und bestärkt deren Erwartung, dass dort alles geleistet wird, was nach can. 528 und can. 529 CIC Inhalt einer umfassenden pfarrlichen Seelsorge sein soll. Dies ist aber mit den geringer werdenden personellen wie auch finanziellen Ressourcen so nicht zu leisten.

Parallel dazu ist – nicht zuletzt auch infolge gesellschaftlicher Veränderungen – seit gut zwanzig Jahren ein deutlicher Rückgang des kirchlichen Lebens zu verzeichnen. Einige Kennzahlen für die Pfarreiengemeinschaft Vorderhunsrück, bestehend aus den acht Pfarreien Beltheim (Sevenich) St. Nikolaus, Beulich St. Laurentius, Bickenbach St. Stephan, Dörth St. Philippus u. Jakobus, Emmelshausen St. Hildegard, Gondershausen-Obergondershausen St. Servatius, Halsenbach St. Lambertus und Norath St. Nikolaus, machen dies deutlich: Betrug die Zahl der Katholiken in dieser Pfarreiengemeinschaft im Jahr 2000 noch 9.657, so sind 2020 nur noch 7.919 Katholiken erfasst. Nahmen im Jahr 2000 noch 2.038 Gläubige an den Sonntagsgottesdiensten teil, so 2019 nur noch 954. Die Zahl der Taufen ging seit dem Jahr 2000 von 103 auf 38 im Jahr 2020 zurück.

Die zurückliegende Diözesansynode von 2013 bis 2016 hat in ihrer Analyse der gegenwärtigen Situation aufgezeigt, dass es unbedingt eines neuen Aufbruchs bedarf. Es gilt, „uns grundlegend neu auszurichten und in allen kirchlichen Vollzügen missionarisch-diakonisch in die Welt hinein zu wirken“ (Abschlussdokument heraus gerufen, Nr. 1). Die jüngste Instruktion der Kleruskongregation spricht in diesem Zusammenhang von einer notwendigen pastoralen Umkehr, „damit die christlichen Gemeinschaften immer mehr pulsierende Zentren der Begegnung mit Christus sind“ (Instr. Die pastorale Umkehr, Nr. 3; vgl. Nr. 41).

Daher sind die seelsorglichen Strukturen so anzupassen, dass zum einen nicht die Verwaltung des Bestehenden die für einen Aufbruch erforderlichen Kräfte und Mittel aufzehrt und zum anderen Seelsorge sich nicht auf die Sakramentenspendung beschränkt, sondern auch andere Formen der Evangelisierung möglich werden (vgl. Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium*, n. 63).

Der in diesem Sinne daher nun vorzunehmende Zu-

sammenschluss (Fusion) der acht oben genannten Pfarreien und Kirchengemeinden zur neuen Pfarrei bzw. Kirchengemeinde Vorderhunsrück St. Hildegard erfolgt auf der Ebene der bisherigen Pfarreiengemeinschaft Vorderhunsrück. Damit kann auf das in den zurückliegenden zehn Jahren bereits eingeübte Miteinander aufgebaut werden (vgl. Schreiben des Bischofs zur Reform der Pfarreien, Nr. 16). Trotz der größeren räumlichen Ausdehnung der einen neuen Pfarrei ist hier doch auch ein bereits gewachsenes Vertrautsein miteinander gegeben, was für die Gläubigen auch Nähe bedeutet.

Durch diese Fusion soll die Gemeinschaft der Gläubigen in der neuen Pfarrei gestärkt werden (vgl. can. 515 § 1 CIC), damit sich in ihr die Vielfalt der Charismen entwickeln kann, die den missionarischen und diakonischen Aufbruch tragen und gestalten sollen. Die Fusion konzentriert die Gremienarbeit, sichert zugleich aber auch die rechtlichen Vertretungsaufgaben der Kirchengemeinde. Vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung am pfarrlichen Leben bleiben erhalten oder werden neu eröffnet. Lokale Teams stärken die örtlichen Gemeinschaften.

Schließlich ermöglicht die Fusion der oben genannten Pfarreien und Kirchengemeinden zur Pfarrei bzw. Kirchengemeinde Vorderhunsrück St. Hildegard, dass der zuständige Pfarrer nur noch Sorge trägt für eine Pfarrei (vgl. can. 526 § 1 CIC). Die dauerhafte gleichzeitige Zuständigkeit des Pfarrers für mehrere Pfarreien, die im Hinblick auf die einzelne Pfarrei nur unter Einschränkungen des Gesamtauftrages möglich und daher im Letzten oft genug auch mit diesem unvereinbar ist (vgl. Instr. Die pastorale Umkehr, n. 70; vgl. auch can. 152 CIC), wird so vermieden. In dieser einen Pfarrei kann er seine Hirten-sorge für die Gläubigen in der Ausübung der Dienste des Heiligens, Lehrens und Leitens (vgl. can. 528 und can. 529 CIC) verantwortlich wahrnehmen, unterstützt – soweit möglich und vorhanden – von anderen Priestern und Diakonen sowie von engagierten und beauftragten Laien (vgl. can. 519 CIC).

Nach Anhörung der Räte der Pfarreien und Kirchengemeinden in Beltheim (Sevenich) St. Nikolaus, Beulich St. Laurentius, Bickenbach St. Stephan, Dörth St. Philippus u. Jakobus, Emmelshausen St. Hildegard, Gondershausen-Obergondershausen St. Servatius, Halsenbach St. Lambertus und Norath St. Nikolaus, des Pfarreienrates der Pfarreiengemeinschaft Vorderhunsrück, der Verbandsvertretung des Kirchengemeindeverbandes Vorderhunsrück, des Pfar-

ers sowie des Dechanten des Dekanates St. Goar und des Priesterrates des Bistums wird gemäß can. 515 § 2 CIC, § 4 Diözesanbestimmungen über die Gliederung des Bistums vom 15. Januar 2000 (KA 2000 Nr. 32) i. d. Fassung vom 10. Dezember 2021 (KA 2022 Nr. 1), § 2 der Diözesanbestimmungen über die Kirchengemeinden und die Verwaltung ihres Vermögens vom 15. September 2000 (KA 2000 Nr. 209) i. d. Fassung vom 19. September 2001 (KA 2001 Nr. 186) und § 1 Absatz 3 der Ordnung für die gemäß Strukturplan 2020 gebildeten Kirchengemeindeverbände im Bistum Trier vom 29. Juni 2011 (KA 2011 Nr.124) i. d. Fassung vom 8. November 2021 (KA 2021 Nr. 261) i. V. m. § 24 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens im Bistum Trier (Kirchenvermögensverwaltungsgesetz – KVVG) vom 1. Dezember 1978 (KA 1978 Nr. 271) i. d. Fassung vom 20. Dezember 2021 (KA 2022 Nr. 55) hiermit wie folgt verordnet:

I.

Die gemäß § 3 der Diözesanbestimmungen über die Gliederung des Bistums gebildete Pfarreiengemeinschaft Vorderhunsrück im Dekanat St. Goar wird mit Wirkung zum 1. Januar 2023 aufgehoben.

II.

Der nach der Ordnung für die gemäß Strukturplan 2020 gebildeten Kirchengemeindeverbände im Bistum Trier (KGV-O) errichtete Kirchengemeindeverband Vorderhunsrück wird mit Wirkung zum 1. Januar 2023 aufgehoben.

Im Einzelnen gilt:

1. Mit Aufhebung des Kirchengemeindeverbandes Vorderhunsrück gehen das zum Zeitpunkt der Aufhebung des Kirchengemeindeverbandes vorhandene bewegliche und unbewegliche Vermögen, die Rechte, Pflichten, Verbindlichkeiten und Forderungen auf die dem Kirchengemeindeverband angeschlossenen Kirchengemeinden zur Gesamthand über.

2. In diesem Sinne gehen auch die Beschäftigungsverhältnisse des Kirchengemeindeverbandes Vorderhunsrück auf die ihm angeschlossenen Kirchengemeinden über. Die Gemeinschaft der dem Kirchengemeindeverband angeschlossenen Kirchengemeinden tritt somit in die Rechte und Pflichten der auf sie übergehenden Beschäftigungsverhältnisse ein. Die weiteren Einzelheiten zum Übergang der Beschäftigungsverhältnisse bestimmen sich nach Abschnitt III Ziffer 9.

III.

Die Pfarreien und Kirchengemeinden Beltheim (Se-

venich) St. Nikolaus, Beulich St. Laurentius, Bickenbach St. Stephan, Dörth St. Philippus u. Jakobus, Emmelshausen St. Hildegard, Gondershausen-Obergondershausen St. Servatius, Halsenbach St. Lambertus und Norath St. Nikolaus werden hiermit mit Wirkung zum 1. Januar 2023, nachgängig zur Aufhebung des Kirchengemeindeverbandes Vorderhunsrück gemäß Abschnitt II, aufgehoben und zusammengefasst als eine neue Pfarrei und gleichzeitig als eine neue Kirchengemeinde errichtet.

Im Einzelnen gilt:

1. Der Name der neuen Pfarrei lautet: **Pfarrei Vorderhunsrück St. Hildegard**.
2. Der Name der neuen Kirchengemeinde lautet: **Katholische Kirchengemeinde Vorderhunsrück St. Hildegard**.
3. Der Pfarrort der Pfarrei ist Emmelshausen. Er ist zugleich Sitz der Kirchengemeinde.
4. Das Gebiet der nach diesem Abschnitt errichteten Pfarrei und Kirchengemeinde ist deckungsgleich mit dem Gebiet der unter diesem Abschnitt aufgehobenen Pfarreien und Kirchengemeinden, deren Mitglieder von nun an Mitglieder der neu errichteten Pfarrei und Kirchengemeinde sind.
5. Die Pfarrkirchen der bisherigen Pfarreien verlieren mit der Errichtung der Pfarrei Vorderhunsrück St. Hildegard ihren Rang als Pfarrkirche. Sie werden unter Beibehaltung ihres Kirchentitels (can. 1218 CIC) Kirchen in der Pfarrei Vorderhunsrück St. Hildegard. Die Kirchen der errichteten Pfarrei behalten ihren Patronatsnamen und ihr Kircheninventar.
6. Nach Beratung mit den pfarrlichen Gremien und unter Beifügung von deren Voten unterbreitet der Pfarrer dem Bischof einen Vorschlag, welche der Kirchen in der Pfarrei zukünftig als Pfarrkirche gelten soll. Es ist dann Sache des Bischofs, unter Berücksichtigung des Vorschlags eine Kirche in der Pfarrei als Pfarrkirche auszuweisen.
7. Der Pfarrer der neuen Pfarrei Vorderhunsrück St. Hildegard legt nach Beratung mit den pfarrlichen Gremien für die Gemeinschaft ihrer Gläubigen fest, an welchen Orten und zu welchen Zeiten die Sakramente gefeiert werden. Dabei legt er fest, in welchen Kirchen besondere Amtshandlungen (vgl. can. 530 CIC) vorgenommen werden.
8. Mit Aufhebung der bisherigen Kirchengemeinden gehen deren gesamtes unbewegliches und bewegliches Vermögen, die Rechte, Pflichten, Verbindlichkeiten und Forderungen sowie die sonstigen Vermö-

gensgegenstände im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die neue Kirchengemeinde über (can. 121 CIC). Sie tritt damit ebenso in die Rechtsnachfolge der nach Abschnitt II Ziffern 1 und 2 jeweils erworbenen Rechte und Pflichten ein und wird somit auch zur Gesamtrechtsnachfolgerin des gemäß Abschnitt II aufgehobenen Kirchengemeindeverbandes.

9. Der Übergang der Beschäftigungsverhältnisse erfolgt nach folgenden Maßgaben: Erworbene Besitzstände dürfen wegen des Übergangs der Beschäftigungsverhältnisse nicht eingeschränkt werden. Die Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters durch den bisherigen Kirchengemeindeverband, durch die Gemeinschaft der Kirchengemeinden oder die neue Kirchengemeinde wegen des Übergangs ist unwirksam. Das Recht zur Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses aus anderen Gründen bleibt unberührt. Bei der Berechnung von Beschäftigungszeiten werden die vor dem Übergang der Beschäftigungsverhältnisse nach Maßgabe der Bestimmungen der Kirchlichen Arbeits- und Vergütungsordnung für das Bistum Trier (KAVO) erreichten Beschäftigungszeiten als Beschäftigungszeiten nach § 40 Absatz 3 KAVO berücksichtigt. Der Kirchengemeindeverband hat als bisheriger Arbeitgeber die von dem Übergang betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig vor dem Übergang in Textform zu unterrichten über:

- den Zeitpunkt oder den geplanten Zeitpunkt des Übergangs,
- den Grund für den Übergang,
- die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Übergangs für die Beschäftigten,
- die hinsichtlich der Beschäftigten in Aussicht genommenen Maßnahmen,
- die Zuordnung zur neuen Kirchengemeinde.

Die Rechte der Mitarbeitervertretungen nach den Bestimmungen der Ordnung für Mitarbeitervertretung im Bistum Trier (Mitarbeitervertretungsordnung – MAVO) sind zu wahren. Der Vorgang der Aufhebung und Neuerrichtung gemäß dieses Dekretes ist in mitarbeitervertretungsrechtlicher Hinsicht als Zusammenlegung im Sinne des § 13d MAVO zu verstehen. Auf Beschluss aller von einer Zusammenlegung betroffenen Mitarbeitervertretungen kann das Übergangsmandat gemäß § 13d MAVO gemeinsam ausgeübt werden.

10. Die in den bisherigen Kirchengemeinden vorhandenen Fabrikvermögen und Stellenvermögen

bleiben unabhängig von einer eigenen Rechtsfähigkeit in ihrer bisherigen Bestimmung unberührt. Gleiches gilt für das Stiftungsvermögen. Die in den Sätzen 1 und 2 genannten Vermögen sind unterscheidbar von den Vermögen der neu errichteten Kirchengemeinde auszuweisen.

11. Das in den bisherigen Kirchengemeinden den Vermögensarten nach § 1a Gesetz über die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens im Bistum Trier (KVVG) nicht ausdrücklich zugeordnete Vermögen ist diesen Vermögensarten nachträglich zuzuordnen. Ist eine Zuordnung nicht ermittelbar, gilt es als bisheriges Fabrikvermögen. § 4 Absatz 3 der Diözesanbestimmungen über die Kirchengemeinden und die Verwaltung ihres Vermögens bleibt unberührt.

12. Stifterwillen und Zweckbindungen Dritter sind weiterhin zu beachten (cann. 1300 f. CIC).

13. Die Rechte sonstiger kirchlicher Institutionen mit eigener Rechtspersönlichkeit, insbesondere der rechtsfähigen Fabrikvermögen und Stellenvermögen bleiben gewahrt.

IV.

Die Räte der aufgehobenen Pfarreien, Kirchengemeinden und des Kirchengemeindeverbandes werden aufgelöst.

Der bestehende Rat der aufgehobenen Pfarreiengemeinschaft bildet den ersten Pfarrgemeinderat der neuen Pfarrei. Soweit in diesem Pfarrgemeinderat die Pfarrbezirke der neuen Pfarrei nicht hinreichend durch gewählte Mitglieder vertreten sind, soll bei der Berufung weiterer Mitglieder in den Pfarrgemeinderat berücksichtigt werden, dass jeder Pfarrbezirk durch zumindest ein Mitglied im Pfarrgemeinderat vertreten ist. Das Verfahren richtet sich nach § 25 Abs. 5 bis 8 der Ordnung für die Pfarrgemeinderäte und Pfarreienräte im Bistum Trier (PGR-O) in der jeweils geltenden Fassung.

Im Einzelnen gilt:

1. Bis zur Konstituierung des neuen Verwaltungsrates wird der Pfarrer der neu errichteten Pfarrei und Kirchengemeinde gemäß § 22 Absatz 1 Gesetz über die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermö-

gens im Bistum Trier (KVVG) zum Verwalter bestellt. Das Amt des Verwalters endet, sobald ein neuer Verwaltungsrat gewählt ist und seine Tätigkeit aufgenommen hat.

2. Die Neuwahl zum Verwaltungsrat soll binnen drei Monaten nach Errichtung der neuen Kirchengemeinde durchgeführt werden.

V.

Die öffentlichen Register sind berichtigen zu lassen.

VI.

Die Kirchenbücher und Registraturen der bisher bestehenden Pfarreien und Kirchengemeinden werden geschlossen (vgl. Diözesanbestimmungen über kirchliches Schriftgut in Pfarreien und sonstigen Seelsorgestellen vom 15. Oktober 2000 in der jeweils geltenden Fassung). Die Amtssiegel der ehemals selbständigen Pfarreien, Kirchengemeinden, der Pfarreiengemeinschaft und des Kirchengemeindeverbandes sind außer Gebrauch zu nehmen und dem Bistumsarchiv zu übergeben. Die neu errichtete Pfarrei und Kirchengemeinde führt das jeweilige Amtssiegel gemäß der Ordnung für das kirchliche Siegelwesen im Bistum Trier vom 2. April 2013 (KA 2013 Nr. 85) in der jeweils geltenden Fassung.

VII.

Dieses Dekret tritt nach Maßgabe der obigen Bestimmungen am 1. Januar 2023 in Kraft. Die Informationspflichten sowie die Bestimmungen zum Bestandsschutz und zum Kündigungsschutz nach Abschnitt III Ziffer 9 gelten mit sofortiger Wirkung.

Trier, den 5. Juli 2022

(Siegel)



Bischof von Trier

(Siegel)



Kanzlerin der Bischöflichen Kurie